

Briefwahlbetrug: *Entscheiden nicht stimmberechtigte Migranten die Bundestagswahl (mit)?*

[Veröffentlicht am 05.09.2017 von JouWatch](#)

► **Illegale Aktionen: Wie Migranten ohne Wahlrecht am 24. September doch wählen können.**

von David Berger

Man traut seinen Augen nicht recht, wenn man die Seite *Votebuddy* (wir verlinken aus juristischen Gründen nicht zu der Seite) im Netz aufruft. Ganz offen sagen die Seitenbetreiber, worum es ihnen geht:

❖ Die Seite *„verbindet Menschen, die nicht wählen wollen – mit Menschen, die nicht wählen können. Melden Sie sich an und wir vermitteln Ihren Stimmentausch zur Bundestagswahl.“*



Wahlbetrug per Briefwahl?

(Foto: Pixabay)

„Nicht wählen können“ heißt doch hier, dass sie kein Wahlrecht haben. Da stellt sich natürlich sofort die Frage, ob dieser Stimmentausch ihnen letztlich etwas ermöglichen soll, wozu sie kein Recht haben.

Das ist ungefähr so, wie wenn der 18-jährige Mann für seine 14 und 12 Jahre alten, jüngeren Brüder im *Pennymarkt* Zigaretten und Alkohol kauft.

Und so schaut es für mich tatsächlich aus. Der Text der Seite dann weiterhin ganz offen:

❖ *„Ein Drittel aller stimmberechtigten Erwachsenen in Deutschland gehen nicht wählen – weil sie keine Zeit haben oder nicht wissen, wen sie wählen sollen. Auf der anderen Seite leben in Deutschland mehr als acht Millionen Erwachsene, die nicht stimmberechtigt sind. Das sind etwa 10 Prozent der Gesamtbevölkerung, die von der repräsentativen Demokratie ausgeschlossen sind, aber mitentscheiden wollen. *VoteBuddy* bringt diese Menschen zusammen und schafft durch Stimmentausch eine Win-Win-Situation für alle Beteiligten.“*

Die Neuanmeldungen, die der Seitenbetreiber in Echtzeit auf der Startseite bekannt gibt, zeigen viele Namen, die auf einen Migrationshintergrund schließen lassen.

Das legen auch die Stimmen nahe, die die Seite zitiert:

❖ *„Ich bin längst Teil dieser Gesellschaft, natürlich will ich sie auch mitgestalten.“* (Ahmed S.) oder Samira M.: *„Ich wollte schon immer mitentscheiden, mit *VoteBuddy* mach ich das jetzt einfach.“*

Im Impressum ist – **wohl aufgrund dieser juristisch fraglichen Aktion** – ein Kontakt in den USA angegeben:

- „Timo Meissner, *VoteBuddy*, 641 Lexington Avenue, New York, NY, 10022 USA.“

Und das, obwohl es über das dahinterstehende Unternehmen heißt:

→ „Wir sind ein junges Start-Up, das sich 2017 in Berlin gegründet hat. In der Tradition des Social Entrepreneurship will unser Unternehmen ein gemeinschaftliches Problem lösen und mit innovativen Ideen den gesellschaftlichen Wandel voranbringen.“

Klingt doch sehr stark nach einer linksgrünen Ausrichtung des Berliner „Start-Ups“. Und dann wird man ganz ehrlich:

→ „Nach deutschem Recht ist Stimmentausch illegal. Unser Geschäftssitz ist daher in New York und wir betreiben die Webseite auf Servern in den USA.“

Da fragt man sich doch:

? **Wo bleibt nun ein Heiko Maas, der zwar juristisch mehr als zweifelhafte Gesetze erlässt, die de facto dazu dienen, völlig legitime Kritik an der linksgrünen Merkelpolitik und der Islamisierung zu unterdrücken, aber hier anscheinend noch nicht tätig geworden ist.**

Zusatzinfo:

- Facebook versucht das Posten dieses Artikels zu verhindern, da die Informationen die Sicherheit von Facebook nicht mehr gewährleisten.